

## **Analyse der EU-Wahlprogramme zum Thema Finanzsystem und Nachhaltigkeit vom Geld-Kompass Heidelberg**

Zur EU-Wahl 2019 hat das [Netzwerk Geld-Kompass Heidelberg](#) einen Forderungskatalog zum Umbau des Finanzsystems erarbeitet. Die Forderungen lehnen sich an die Forderungen der europäischen NGO [Finance Watch](#) mit Sitz in Brüssel an.

Zudem wurde ergänzend eine Analyse der verschiedenen Parteiprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien durchgeführt. Die Analyse soll die verschiedenen Positionen der Parteien zu unseren Forderungen zum Umbau der Finanzwirtschaft aufzeigen und vergleichbar machen.

Die von uns aufgegriffenen Maßnahmen im Forderungskatalog sollen zu einer umfassenden Umgestaltung des Finanzsystems beitragen. Dabei soll die Finanzierung einer nachhaltigen Politik und Wirtschaft erreicht werden: Ziel dabei ist ein demokratisch kontrolliertes, stabiles sowie Umwelt und Gesellschaft unterstützendes Finanzsystem!

### **Inhalt dieser Analyse**

	<b>Seite</b>
a) Kurzzusammenfassung der Richtungen der Parteien zum Finanzthema	2
b) Tabellen mit Auswertung der einzelnen EU-Parteiprogramme zu unseren Forderungen	3
c) Ausschnitte aus den Parteiprogrammen im Originalwortlaut	7

### **Wer wir sind**

Das „Netzwerk Geld-Kompass Heidelberg“ ist ein Zusammenschluss von Initiativen und Einzelpersonen (u.a. der BUND-Heidelberg, Gemeinwohlökonomie Rhein-Neckar, Ökostadt Rhein-Neckar, Starkmacher e.V. und die Werkstatt Ökonomie), die die Themen Geld, Finanzmärkte und Nachhaltigkeit mit Bildungsangeboten verständlich vermitteln wollen. Was kann jeder einzelne, die Unternehmen aber auch die Politik beitragen?

## **Kurz-Vergleich der Programme der größeren deutschen Parteien zum Themenfeld Finanzen**

**CDU/CSU:** Insgesamt wird auf wenige Forderungen von Finance Watch eingegangen. Die **Integration der EU-Wirtschaft** soll ausgeweitet werden, eine Kapitalunion soll geschaffen werden und die Finanzmärkte und deren Aufsicht tiefer europäisiert werden. **EFW und EZB sollen unabhängige Institutionen** sein und nicht der Kontrolle des Parlaments unterliegen.

**SPD:** Programm mit **Fokus auf Steuergerechtigkeit und Sozialpolitik. Finanzmarktpolitik wird wenig beachtet** und es wird nicht genau dargelegt wie die Regulierung von Finanzmärkten genau ablaufen soll. Schaffung einer Kapitalunion und tiefere Integration der Finanzaufsicht wird gefordert. Im Risikomanagement sollen Nachhaltigkeitsaspekte mit aufgenommen werden.

**Grüne:** Forderungen nach **Trennung des Investmentbankings und klassischem Kundengeschäft** und **höhere Eigenkapitalquoten für Banken**. Fokus auf **ökologischer Transformation der Wirtschaft**. So sollen nachhaltige Geldanlagen und Siegel ausgebaut werden und verpflichtende ökologische und soziale Unternehmensberichterstattung eingeführt werden. Parlament soll EFW kontrollieren und Kapitalunion soll eingerichtet werden.

**Linke:** Weitreichende Maßnahmen gegen das gegenwärtige Finanzsystem werden gefordert. Nicht nur Regulation, sondern das komplette **Ende des Investmentbankings** wird gefordert. Staat soll für weitreichende Investments in eine nachhaltige und soziale Wirtschaft aufkommen und der Entstehung eines „grünen Kapitalismus“ steht die Partei kritisch gegenüber. **Denken der Linkspartei nicht innerhalb der Logik der Finanzmärkte** und Forderungen tragen eher Züge einer Plan- als einer Marktwirtschaft.

**FDP:** Für die Ausweitung der Logik der Finanzmärkte auf weitere Politik- und Wirtschaftsbereiche. **Tiefere Integration der europäischen Finanzmärkte** wird gefordert. Gegen Aktionsplan für Nachhaltiges Wachstum und **gegen Steuerung von Investments**. Lehnen als einzige Partei die Finanztransaktionssteuer komplett ab. Programm ist am stärksten marktwirtschaftlich ausgerichtet und **der Fokus liegt auf Innovationen, Digitalisierung und Wettbewerb**.

**AFD:** **Wirtschaft und Politik sollen wieder unter die Kontrolle der Nationalstaaten fallen**. EU-Institutionen werden meist weitgehend abgelehnt. Politik soll **keine Nachhaltigkeitsziele** verfolgen und die **Finanzmärkte sollen frei wirtschaften** können.

## STABILISIERUNG DES FINANZSYSTEMS

	Union	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AFD
<b>Trennung von klassischem Bankgeschäft und Investmentbanking</b>	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	Ja S.63 Handelsgeschäft von ihrem Kredit- und Einlagengeschäft trennen.	Ja S. 61 Beenden von Investmentbanking.	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt
<b>Wirksame Schuldenbremse für Banken</b>	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	Ja. S 63 Risiko-ungewichtete Eigenkapitalquoten von 10 Prozent	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt
<b>Verringerung der Schattenbankaktivitäten</b>	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	(Ja) S.63	(Ja) S. 61 Komplettes Investmentbanking wird beendet	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt
<b>Finanztransaktionssteuer</b>	Ja: S. 15 Niedriger Steuersatz	Ja S. 8	Ja S. 55	Ja S. 62 Steuersatz: 0.1%	Nein S.41 Lehnen dies ab.	Ja Nur international und nationale Verwendung der Steuer
<b>Beendigung der Tranchierung und Verbriefung von Sicherheiten</b>	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt
<b>Bewertung und Berücksichtigung aller Risiken (Umwelt, Soziales)</b>	Nicht erwähnt	Ja. S. 24 Finanzinstitute sollen im Risiko-Management Nachhaltigkeit und Umwelt beachten	Nicht erwähnt	Nicht erwähnt	Nein S. 44 Lehnen EU-Aktionsplan zu Sustainable Finance ab.	Nein. S. 48 Gegen Rücksichtnahme auf Umweltschutz und Soziales für Unternehmen

## DEMOKRATISIERUNG DES FINANZSYSTEMS

	Union	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AFD
<b>Förderung kleiner, lokaler, kommunaler und ethischer Banken</b>	<b>Nicht erwähnt</b> Für Bankenunion	<b>Nicht erwähnt</b> Für Bankenunion	<b>Ja: S. 63:</b> Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen.	<b>Eher ja.</b> Demokratische Banken die an öffentlichem Interesse ausgerichtet sind.	<b>Nicht erwähnt</b> Für Bankenunion	<b>Nicht erwähnt.</b> Gegen Bankenunion und für Erhalt des deutschen Bankensystems
<b>Finanzinstitute sollen Rechenschaft für ihre Investitionen im Hinblick auf die UN-Klimaziele ablegen</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht direkt erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt.</b>	<b>Nein</b> Gegen EU-Aktionsplan Sustainable Finance	<b>Gegen UN Klimaziele</b>
<b>Reduzierung des Einflusses der Finanzlobby</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Ja S. 34</b> Bürgerbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren	<b>Ja S. 79</b> Macht der Banken und Finanzmärkte beenden	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>
<b>Stärkung der Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem EU Parlament</b>	<b>Nein S. 14</b> Unabhängige Zentralbank	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Ja S. 80</b> Kontrolle durch Parlament	<b>Nein. S. 44</b> Starke und unabhängige Zentralbank	Gegen den Euro. Rückkehr zur DM. Macht zur <b>Deutschen Bundesbank</b>
<b>Förderung von unabhängiger finanzieller Aufklärung</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>

## NEUAUSRICHTUNG AUF FINANZIERUNG NACHHALTIGER INVESTITIONEN

	Union	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AFD
<b>Verlagerung der Kapitalströme zu nachhaltigen Investitionen</b> (Klimaziele und UN-Ziele „Sustainable Development Goals“)	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Ja S. 31</b> Für Förderung von nachhaltigen Finanzanlagen	<b>Nicht direkt erwähnt S. 47</b> Finanzmärkte und Banken sollen entmachtet und am öffentlichen Interesse ausgerichtet werden	<b>Nein</b> Gegen Steuerung von Anlegern	<b>Gegen Klimaschutz</b>
<b>Einführung eines EU-Labels für Finanzprodukte die Umwelt, Gesellschaft und nachhaltige Unternehmensentscheidungen berücksichtigen</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Ja S. 31</b> Unabhängiges Siegel für nachhaltige Geldanlagen	<b>Nicht direkt erwähnt: S. 47</b> Gegen die Klimabedrohung hilft nicht nur ein bisschen „Grüner Kapitalismus“	<b>Nicht klar:</b> Für einheitliche Standards; Gegen Aktionsplan	<b>Gegen Klimaschutz usw.;</b>
<b>ESG-Berichterstattung für Finanzunternehmen</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Ja. S. 24</b> In Risiko-Management sollen Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelange integriert werden	<b>Ja S. 31</b> verpflichtende ökologische und soziale Unternehmensberichterstattung machen	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Gegen Maßnahmen im EU-Aktionsplan zu Sustainable Finance</b>	<b>Gegen Klimaschutz</b>
<b>Zentralbanken und Regulierungsbehörden Klima-, Umwelt- sowie soziale Risiken bei der Durchführung ihrer geldpolitischen und aufsichtsrechtlichen Aufgaben angemessen berücksichtigen</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt.</b>	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Nicht erwähnt</b>

## Weitere interessante Positionen, über den Forderungskatalog des Geld-Kompass hinaus

<b>Angleichung der Körperschaftssteuer</b>	<b>Ja S. 15</b> Gemeinsame Bemessungsgrundlage	<b>Ja S.7</b> Gemeinsame Bemessungsgrundlage	<b>Ja S.55</b> Gemeinsame Bemessungsgrundlage	<b>Ja S. 62</b> Mindeststeuersätze und breite und einheitliche Bemessungsgrundlage	<b>Ja S.40</b> Einheitliche Bemessungsgrundlage	<b>Nein S. 16</b> AfD warnt davor, nationale Steuerhoheit als Wettbewerbsinstrument abzuschaffen
<b>Schaffung eines Europäischen Währungsfonds</b>	<b>Ja S. 14</b> Kontrolle durch nationale Parlamente	<b>Ja S. 9</b> Nicht erklärt	<b>Ja. S. 62</b> Kontrolle durch EU Parlament und Staaten	<b>Nicht erwähnt</b>	<b>Ja S. 41</b> Unabhängige Institution	<b>Nein S.22</b>

## Ausschnitte aus den Parteiprogrammen im Originalwortlaut

### CDU/CSU

Wir wollen die **globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa umsetzen**. Wir brauchen eine kontinuierliche Weiterentwicklung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie mit konkreten Maßnahmen. Unser Europa setzt daher auf ein Industriekonzept mit stimmigem ökologischem Ansatz. (S. 9)

Wir bekennen uns zur **Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB)** im Rahmen ihres Mandats. Denn nur eine starke Zentralbank, die nicht von der Politik beeinflusst wird, kann eine wirkungsvolle Geldpolitik mit dem Ziel der Geldwertstabilität sicherstellen. Sparer dürfen nicht die Leidtragenden sein. Geld- und Finanzpolitik müssen strikt getrennt werden. Staatsfinanzierung ist nicht Aufgabe der EZB. (S.14)

Wir wollen die **Bankenunion** und die **Kapitalmarktunion** unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln. Dabei müssen bestehende Risiken im Bankensystem zunächst zwingend reduziert werden. Insbesondere sollen Staatsanleihen nicht mehr als risikolos gelten und von Banken – genauso wie andere Anlageformen – mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. Bankenrettungen aus Steuermitteln lehnen wir ab. Bei allen Änderungen auf europäischer Ebene müssen die Besonderheiten unseres bewährten **Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken erhalten bleiben**. (S.14)

Wir wollen eine **Finanztransaktionssteuer** im europäischen Kontext mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz einführen. (S. 15)

### SPD

Wir wollen eine **Finanztransaktionssteuer** nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer in der EU einführen. Mit der Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien machen wir den ersten Schritt. Die Einnahmen dieser Steuer sollen der EU zufließen und die nationalen Beiträge im EU-Haushalt senken. So würde die Steuer auch für die Länder interessant, die selbst kaum Erträge aus einer solchen Steuer erzielen. (S.8)

Dafür werden wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem **Europäischen Währungsfonds (EWF)** weiterentwickeln (S. 9)

**Finanzinstitute sollen in ihr Risiko-Management die Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelange wie auch Klimarisiken integrieren.** (S.24)

Den **Entzug von Subventionszahlungen** für Betriebe, die soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien nicht einhalten. (S.25)

## GRÜNE

Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft investieren. **Nachhaltige Kapitalanlagen** sind dazu ein Wachstumsmarkt, der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht. **Grüne Anleihen** wollen wir europaweit stärken und eine **einheitliche Klassifizierung** schaffen. Wir fordern eine **Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt**, damit Anleger wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Außerdem wollen wir **ökologische, soziale**, darunter auch gleichstellungspolitische Ziele **in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen** und ein **unabhängiges Siegel für nachhaltige Geldanlagen einführen**. (S. 31)

Um Steuerflucht durch Gewinnverlagerung in Steuersümpfe außerhalb der EU zu vermeiden, müssen wir darauf hinarbeiten, mit den wichtigsten Handelspartnern der **EU die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer gemeinsam zu konsolidieren**. Auch CO<sub>2</sub>, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter in Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der **Finanztransaktionssteuer** beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen Hochfrequenzhandel, der solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht. (S.55)

Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen vollwertigen **Europäischen Währungsfonds (EWF)** überführen und ihn im EU-Recht verankern, kontrolliert durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente. (S. 60)

Wir setzen uns für die Erhöhung der **risikoungewichteten Eigenkapitalquoten auf 10 Prozent** ein. Bei den **Banken** muss eine **feste Schuldenbremse** („leverage ratio“) gelten, damit sie ihre Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Außerdem sollen Großbanken ihr **Handelsgeschäft von ihrem Kredit- und Einlagengeschäft trennen**. (S. 63)

## FDP

### Die Unabhängigkeit der EZB weiter stärken

Eine starke, **unabhängige Europäische Zentralbank** (EZB) garantiert den stabilen Euro. Wir wollen die Mehrheitsregeln, nach denen der EZB-Rat beschließt, verbessern: In Zukunft soll für Beschlüsse über unkonventionelle Maßnahmen wie Staatsanleihekaufprogramme eine qualifizierte Mehrheit erforderlich sein. So stärken wir den EZB-Rat gegenüber politischem Druck, denn es wird der EZB künftig leichter fallen, politischen Forderungen gegenüber standhaft zu sein und Staatsschulden nur in seltenen geldpolitischen Ausnahmesituationen aufzukaufen. (S. 44)

### Nachhaltiges Finanzsystem

Wir Freie Demokraten begrüßen den gesellschaftlichen Trend und das Bewusstsein hin zu **nachhaltigen Geldanlagen** sowie die Tatsache, dass viele Finanzdienstleister auf die gestiegene Marktnachfrage reagieren und nachhaltige Anlagemöglichkeiten in ihr Produktportfolio aufgenommen haben. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, nachhaltiges Wachstum zu finanzieren. Diese **Anlagemöglichkeiten bedürfen klarer Rahmenbedingungen und Definitionen**, damit die Investoren bewusste Entscheidungen treffen können. Die im von der EU-Kommission entwickelten „**Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums**“ enthaltenen **Vorhaben, die das Verhalten von Anlegern lenken sollen, lehnen wir ab**. Aus Finanzstabilitätsgründen lehnen wir den derzeit diskutierten „Green supporting factor“, also einen Rabatt auf die Risikogewichte für Forderungen gegenüber nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen, ab. Auch der Übergang zum nachhaltigen Wirtschaften darf nicht dazu führen, dass Banken ihre Risiken nicht mehr korrekt erfassen und durch ausreichend Eigenkapital unterlegen müssen; eine solche Praxis wäre auch der Nachhaltigkeit im Finanzsektor abträglich. Insbesondere eine **Finanztransaktionsteuer** halten wir für falsch. Eine solche Steuer würde die Sparerinnen und Sparer, die Altersvorsorge sowie die Realwirtschaft belasten. ( S.41)

## Die Linke

Gegen die Klimabedrohung hilft nicht nur ein bisschen **grünerer Kapitalismus**, wir müssen die Erhaltung von Natur und Umwelt über den Profit stellen. (S.47)

Das neue EU-Vergaberecht bietet mehr Spielräume, in Bund, Ländern und Kommunen eigene Kriterien für Vergaben festzulegen. Wir wollen als Kriterien festlegen: Wer ökologisch verträglich und regional wirtschaftet und Tarifverträge einhält, bekommt den Zuschlag. (S. 50)

Finanzierte Projekte waren nicht zusätzlich, sondern waren auch ohne den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zustande gekommen. Zahlreiche Investitionen waren nicht nachhaltig im Sinne der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der UN. Wir wollen, dass alle geforderten Investitionen zusätzlich sind und sich strikt an Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft ausrichten. Die Mitgliedstaaten sollen das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen kann. (S. 57)

Eine europäische Industriepolitik für eine sozial-ökologische Wende und die Förderung strukturschwacher Regionen. **Finanzmärkte und Banken müssen entmachtet und der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gebracht und am Gemeinwohl ausgerichtet werden.** Wir wollen die öffentlichen Haushalte von der Diktatur der Finanzmärkte befreien. Kredite des EU Krisenfonds und die Währungspolitik der EZB sind bislang an Auflagen gebunden, die zu Lohnsenkungen und dem Abbau des Sozialstaates gezwungen haben. Statt der unsozialen und undemokratischen Ausrichtung der EZB und der Troika wollen wir, dass öffentliche Investitionen im Interesse des Gemeinwohls auch durch EZB-Kredite finanziert werden können: durch vermögensschaffende Neuverschuldung im Rahmen der Goldenen Regel und über die EZB. Das geht kurzfristig und in Übereinstimmung mit den EU-Verträgen. Zusätzlich wollen wir Superreiche und Konzerne hierfür stärker besteuern. (S. 59)

Wir wollen **Banken verkleinern und das Investmentbanking abwickeln.** Als ersten Schritt wollen wir das Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen isolieren. Alle Banken werden auf ein solides, auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes Geschäftsmodell nach dem Vorbild der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet: 1. Abwicklung des Zahlungsverkehrs, 2. einfachere und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen. (S. 61)

Für mehr Transparenz wollen wir eine öffentliche länderspezifische Berichterstattung von Konzernen über wichtige Kennziffern wie Gewinn, bezahlte Steuern, Umsätze und Beschäftigte auf EU Ebene sowie eine lückenlose Veröffentlichungspflicht in öffentlichen Registern für alle tatsächlichen Eigentümer von Briefkastenfirmen, Stiftungen, Trusts und Immobilien außer Eigennutzung. Der Hochfrequenzhandel an der Börse muss ausgebremst werden. Dafür richten wir endlich eine umfassende Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent ein, die schädliche Spekulation eindämmt, ohne realwirtschaftlichen Investitionen zu schaden. (S. 62)

DIE LINKE fordert einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen. (S. 62)

Wir wollen den **Vorrang für öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen** in der Daseinsvorsorge durchsetzen. Dienstleistungen sind für den Bedarf der Menschen da, nicht damit Unternehmen Profite machen. (S. 65)

Freier Kapitalverkehr, freier Fluss von Gütern und Dienstleistungen sind die privilegierten Freiheiten, sie sind das Primärrecht der EU. Kommt es zum Konflikt mit sozialen, ökologischen und demokratischen Rechten, sind diese nur Sekundärrecht. Die Macht der Lobbyisten der Konzerne ist nicht nur eine Folge ihrer ökonomischen Macht oder gar Zufall. Marktkonforme Demokratie und Lobbymacht der Konzerne bedingen einander gegenseitig (S. 79)

Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das EP gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe entscheiden können. *(Betrifft auch Unabhängigkeit der EZB)* S.80

## **AFD**

Eine Finanztransaktionssteuer unterstützen wir, wenn sie an allen Handelsplätzen, auch außerhalb der EU, eingeführt und nationalstaatlich vereinnahmt wird. (S. 16)

Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden. (S. 19)

Wiedereinführung nationaler Währungen (S. 20)

Die **AfD lehnt die Pariser Klimavereinbarung ab**. Die von der EU und der deutschen Bundesregierung angestrebte Dekarbonisierung, inzwischen als "Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft" propagiert, wird nicht nur zur Reduzierung der Wirtschaftskraft Deutschlands führen, sondern entwickelt sich zunehmend zu einer **illegitimen gesellschaftlichen Wende hin zu einem ökologistischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft**. (S. 47)